

Jungtürkische Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Gygax, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **12 (1913)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749632>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JUNGTÜRKISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Der Balkankrieg wird sicherlich auch zu einer teilweisen Umbildung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Türkei führen, wie dieser Krieg überhaupt ganz neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet. Das Eingreifen der Staatsgewalt wird unvermeidlich sein, wenn die Türkei nach dem starken Aderlass wirtschaftlich wieder in die Höhe kommen soll. Nicht allein die Staatsfinanzen müssen reorganisiert, sondern auch die innere und äußere Wirtschaftspolitik auf neue Grundlagen gestellt werden. Diese Fragen dürften an das Osmanreich herantreten, so bald die letzten Kriegssorgen verscheucht sind und das Land das politische Gleichgewicht wieder gefunden hat. Der Islam huldigt eher einer individualistischen Wirtschaftspolitik; der Staatsbegriff ist ihm im Grunde genommen etwas Fremdes, er ist anti-etatistisch, antinational. Hartmann (*Der Islam*, 1909, S. 64) sagt: „Das öffentliche Recht ist fast gar nicht ausgebildet. Diese Unausgebildetheit wird Veranlassung, dass das persönliche Element, das im Vorstellungsleben besonders stark ist, sich in der Gemeinde vordrängt, dass sich die Parteien zügellos gebärden, dass die inneren Wirrnisse abreißen.“ Hat der Islam von heute den Willen zum Staat?

Soeben hat ein junger deutscher Gelehrter in einem lehrreichen Buche die Frage aufgeworfen, welche Wege die jungtürkische Wirtschaftspolitik einzuschlagen habe (Carl Anton Schaefer, Verlag G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe). Das Buch erörtert neue interessante Probleme und bietet eine Würdigung der ökonomischen und finanziellen Machtfaktoren. Wie kaum in einem andern Werke findet man hier eine zusammenfassende Darstellung der *Banque Ottomane*, die eine ungeheuer wichtige Rolle im türkischen Wirtschaftsleben spielt. Die „Ottomanbank“, wie der Börsenname schlechthin heißt, ist der Finanzagent der türkischen Regierung; sie ist sodann gleichzeitig Kreditbank und Notenbank. Weder der Tripoliskrieg noch der Balkankrieg konnte dem Institut etwas anhaben; das Vertrauen der Geschäftswelt blieb ihm erhalten. Trotz Kirk-Kilisse und Kumanowo ist der Notenumlauf eher noch gewachsen; er hat sich auch Ende November 1912 trotz Lüle Burgas ziemlich behauptet und Ende Dezember während des Waffenstillstandes wieder vermehrt. Für die zähe Lebenskraft der Türkei ist die Tatsache Beweis, dass Handel und Verkehr nicht in einem Maße eingedämmt wurden, wie man es eigentlich bei einem Lande erwarten müsste, das ein Teil seiner Volkskraft auf dem Schlachtfelde ließ. Im Jahre 1925 läuft das Privileg der „Ottomanbank“ ab; ob es erneuert werden wird, erscheint heute zum mindesten sehr fraglich. Die Jungtürken, die eine regere, von ausländischen Einflüssen unabhängiger Wirtschaftspolitik inaugurieren wollen, planen eine „Nationalbank“. Die „Ottomanbank“ wahrte tunlichst ihr Privatinteresse; sie hat früher den Versuch gemacht, ihre Noten auch außerhalb Konstantinopels zahlbar zu stellen, allein sie wurde von dem Versuche abgebracht, weil die andern Banken dies als einen billigen Weg ansahen, auf Kosten der „Ottomanbank“ sich Gold in der Provinz zu verschaffen, indem sie die Noten dort präsentierten und die Goldversendungskosten so ersparten.

Die ökonomischen Betrachtungen, die Schaefer an die Neuordnung der staatlichen Verhältnisse schließt, treffen heute, nach dem Frieden von Bukarest, nicht mehr überall zu. Das Buch wurde Ende April 1913 bereits

abgeschlossen. Wie sich die neue Gruppierung im einzelnen vollzieht, kann zurzeit noch nicht vorausgesehen werden; denn es ist ein überaus wahrer Satz, dass bei aufsteigenden Ländern *wirtschaftliche Gesichtspunkte* entscheiden. Vor dem Balkankrieg war die Türkei der größte Abnehmer bulgarischer Waren. Wird nun für diese Produktion ein anderes Absatzgebiet erschlossen, so dass man auf die Türkei verzichten kann? Ist das nicht der Fall, so wird man wohl suchen, mit der Türkei in irgend einer Form ins Reine kommen zu müssen. Im Jahre 1911 beschloss die Handelskammer in Sofia, die Handelskammern in Belgrad und Konstantinopel zur Bildung eines serbisch-bulgarischen und eines türkisch-bulgarischen Ausschusses einzuladen. Der Zweck dieser Ausschüsse sollte sein, die gegenseitigen Handelsbeziehungen der drei Länder zu fördern, ohne sich in die innere oder äußere Handelspolitik der betreffenden Staaten einzumischen. Der serbisch-bulgarische Ausschuss ist also vor dem Kriege gebildet worden. Zur Gründung des türkisch-bulgarischen Ausschusses waren die ersten Verhandlungen in Konstantinopel eingeleitet und das Programm des „Comité Turco-Bulgare“ ausgearbeitet worden. Es enthielt Richtlinien zur Annäherung in Verkehrs-, Zoll-, Handelsrecht- und Landwirtschaftsfragen.

Der Kampf um die Balkanmärkte hat nun von neuem begonnen. Deutschland macht Anstalten, Österreich, das bisher im Balkanhandel ein unbestrittenes Übergewicht hatte, aus seinen beherrschenden Positionen zu vertreiben; schon vor dem Abschluss des Bukarester Friedens hat ein Heer deutscher Agenten und Handelsreisender sich an Ort und Stelle begeben. Die Balkanländer werden trachten, aus vorwiegenden Agrikulturstaaten sich auch teilweise zu Industriestaaten heranzuentwickeln, denn die einseitig agrarstaatliche Entwicklung ist für die nationale Selbständigkeit ebenso wenig erwünscht wie eine einseitig industriestaatliche. Die Verselbständigung der Wirtschaftspolitik wird daher neben der Wiederherstellung der Militärmacht oberstes Ziel der Türkei und der Balkanstaaten werden. In seinem Werke über die Albanesen sagte Georgwitsch, dass heutzutage für jede Politik die Volkswirtschaft ausschlaggebend sei; für solche Länder sei die Gewalt der wirtschaftlichen Tatsachen ein unbeugsamer Lehrmeister, der auch den Blick utopistischer Gefühlspolitiker zur Erde zwingt. Schaefer glaubt heute noch an die Ausführung des Programms des „Comité Turco-Bulgare“; es in die Tat umzusetzen, werde das nächste Ziel für die Annäherung sein, ganz im Sinne der bekannten Lehre David Humes und Adam Smiths, dass eine Nation, wenn sie sich selbst Reichtümer erwerben will, darauf bedacht sein müsse, die wirtschaftliche Stellung ihrer Nachbarvölker zu stärken.

Das Buch von Carl Anton Schaefer lässt uns erkennen, welche Fülle interessanter Wirtschaftsprobleme in der Türkei und im Balkan der Lösung harren. Da, wo es sich um die Schilderung bestehender Verhältnisse handelt, befriedigt das Buch in hohem Grade. Nicht ein Gleiches lässt sich sagen von jenen Parteien, die mit der wirtschaftspolitischen Zukunft sich befassen. Hier sind streng zu sondernde wirtschaftliche Posulate mit Erfahrungssätzen der Balkanpolitik in einer Weise zusammengeworfen, dass, wer die konkreten Verhältnisse nicht aus eigener Anschauung kennt, kaum daraus klug wird.

ZÜRICH

PAUL GYGAX

